



Corona-ZK – der nächste Streich

Description

In der kommenden Woche tagt das Corona-ZK (selbstredend kein Verfassungsorgan), bestehend aus den Länder-Chefs und der Frau ZKanzlerin, um darüber zu beraten, wie die Corona-Pandemie weiter wirkungsvoll bekämpft werden kann. Schließlich ist unser Volk ja durch die gefährlichsten Mutanten bedroht, die man sich nur vorstellen kann.

Nachdem man zuletzt schon das Inzidenz-Ziel von 50 auf 35 reduziert hat, werden Stimmen laut, das reiche immer noch nicht. Von 25 ist die Rede, der oberste Pharma-Vorkämpfer Spahn sprach in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ sogar von einer erstrebenswerten Corona-Inzidenzzahl unter 10.

Dazu sei gesagt, dass man bei einer Million PCR-Testungen pro Woche selbst dann nicht wesentlich unter 20 kommt, wenn man (wirklichkeitsfern) annimmt, dass die Struktur der getesteten Personen einer statistisch relevanten Stichprobe aus der Bevölkerung entspricht. Das ergibt sich schon alleine aus dem Messfehler des PCR-Tests (angenommene hohe Werte für Sensitivität von 99% und Spezifität von 98,6%).

Diese Zusammenhänge dürften auch Herrn Spahn bekannt sein, dafür braucht man keine höhere Mathematik. Mit Dreisatz dürfte er ja in seinem früheren Beruf gelegentlich in Kontakt gekommen sein. Inzidenz zehn ist ein guter Wert – erreicht werden kann er nicht, es sei denn, man senkt die Zahl der Testungen entsprechend ab. Dies zeigt klar, dass man die „Maßnahmen“ bis St. Nimmerlein ausdehnen möchte.

Binnen eines Monats hat sich nicht nur die Zahl der positiv Getesteten pro Tag, sondern auch die Zahl der an oder mit Corona Verstorbenen praktisch halbiert. Aber in Deutschland wird vermehrt vor immer neuen Virusmutationen und vor einer noch gefährlicheren „dritten Welle“ gewarnt. Der Herr Lauterbach sieht uns sogar schon mittendrin.

Die WHO sieht alles ein wenig anders. Die von ihr selbst zur Pandemie erklärten Corona-Seuche hat demnach in der zweiten Januarwoche ihren Höhepunkt erreicht (just als Biden zum US-Präsident gekürt wurde). Das ließe sich überall in der Welt beobachten, heißt es – mit Ausnahme des östlichen Mittelmeerraums. Der WHO-Generaldirektor warnte trotzdem, man dürfe nicht zu schnell Nachlassen im Kampf gegen das Virus.

Der WHO-Generaldirektor für Europa zeigte sich optimistischer. Corona könnte schon in wenigen Monaten überwunden sein. Die Mutationen seien „normal“, das Geschehen gerate dadurch nicht außer Kontrolle.



Das Virus werde nicht verschwinden, aber wesentliche Einschränkungen seien bald nicht mehr nötig. „Das ist eine optimistische Aussage,“ schränkte er ein.

Der Epidemiologe Stöhr, Mitglied der Plattform „[CoronaStrategie](#)“, sagte vor einiger Zeit bereits, [Corona sei auf dem Rückzug](#). Das Endergebnis einer Pandemie ist immer die Herdenimmunität. Länder mit weniger restriktiven Maßnahmen, wie etwa die USA, die Schweiz und Schweden verzeichnen bereits ein recht hohes Maß an natürlicher Immunität, in Deutschland ist die Populationsempfänglichkeit allerdings noch höher wegen der hier härteren Maßnahmen, so Stöhr.

Nicht wenige Virologen verweisen darauf, dass Mutationen bei Viren die Regel und nicht die Ausnahme sind. Über einen längeren Zeitraum hinweg führen die Mutationen zwar zu womöglich ansteckenderen aber in der Regel weniger gefährlichen Varianten, womit solche Infektionen am Ende dann zum Alltag gehören (siehe [hier!](#)). Das verstärkte Aufkommen von Mutationen kann so auch als Hinweis dafür genommen werden, dass die Infektion insgesamt abebbt.

Da kommt ein Gesetzesentwurf vom 9. Februar 2021 gerade recht, den der Journalist [Boris Reitschuster](#) öffentlich gemacht hat. Nach [Bundestagsdrucksache 19/26545](#) (siehe insbesondere Seite 2 unter „Lösungen“) soll die Pandemiegesetzgebung bis zum 31. März 2022 verlängert werden. Der Regierung wurde befristet bis zum 31. März 2021 das Recht eingeräumt, per Pandemieverordnung zu regieren.

Der „Hammer“: Die wissenschaftliche Begründung für die Annahme, das sei zur Bekämpfung der epidemischen Lage erforderlich, soll neun Monate später nachgeliefert werden. Das Gutachten soll dann zum 31. März 2022 dem Deutschen Bundestag übermittelt werden, just in dem Moment, wo er mutmaßlich über die Verlängerung der Verlängerung der Ausnahmegesetzgebung entscheiden soll. Erst wird der Notstand ausgerufen, dann wird ein Jahr später darüber diskutiert, ob all die wirtschaftlichen, sozialen, psychischen und kulturellen Einschnitte erforderlich waren.

Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass man erst etwas untersucht und dann etwas beschließt. Dass das auch umgekehrt geht, war mir neu. Aber man lernt nicht aus. Die Regierung hat ja bisher immer für sich reklamiert, streng nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu agieren. Und dann ist dieses neue Vorgehen eben auch wissenschaftlich. Was glauben Sie denn?

Als Gutachter will die Regierung die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. beauftragen. Die war ja schon mehrfach in Erscheinung getreten dadurch, dass sie politisches Handeln direkt aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableitet (siehe z.B. [hier](#)). Also quasi die Alternativlosigkeit belegt, die die Kanzlerin immer so gerne ins Feld führt, wenn etwas so laufen soll, wie sie das will.

Bevor sich nun auch bei jedem Ahnungslosen oder Regierungsgläubigen herumgespricht, dass die Pandemie abebbt, die nie da war, soll schnell noch die Verlängerung des Ausnahmezustands beschlossen werden. Ich würde mich nicht wundern, wenn jetzt auch die Anzahl der Testungen hochgefahren wird – bei zwei Millionen PCR-Tests pro Woche kommt die Inzidenz allein schon wegen des Messfehlers (siehe oben!) locker auf über 30. Und wenn man vorher noch schnell das Inzidenzziel auf z.B. 25 absenkt...